
IHRA-Definition

KRITIK AN DER israelischen POLITIK IST NICHT PER SE ANTISEMITISCH

Zusammenfassung

Der Kampf gegen Antisemitismus ist von grosser Bedeutung und ist nicht erst seit dem Anschlag in Halle eine wichtige Aufgabe auch für die Schweizer Gesellschaft und Politik. Dafür ist eine brauchbare und klare Definition von Antisemitismus unerlässlich. Doch die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA ist einerseits schwammig, andererseits suggerieren die mitgelieferten Beispiele, dass sämtliche Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch betrachtet werden kann. Eine solche Kritik kann jedoch ohne Bezug auf Jüdinnen und Juden und somit losgelöst von anti-jüdischen Vorurteilen, Hass gegenüber Jüdinnen und Juden oder antijüdischen Positionen erfolgen. Eine Verwässerung des Antisemitismus-Begriffes hilft dem Kampf gegen Antisemitismus nicht. Es braucht vielmehr eine präzise Definition, welche klar zwischen antijüdischer Haltung und Taten einerseits und legitimer Kritik an der Politik Israels andererseits unterscheidet. Diese Definition muss ohne Bezugnahme auf Kritik an der Politik Israels auskommen. Weil aber auch Kritik an der Politik Israels antisemitisch motiviert sein kann, hat eine präzise Definition von Antisemitismus dabei zu helfen, einen antisemitischen Subtext in der Kritik an Israels Politik aufzudecken.

Ausgangslage

Die IHRA wurde 1998 als zwischenstaatliche Organisation ins Leben gerufen, welche das Ziel verfolgt, mit Massnahmen an Schulen und durch Geschichtsforschung die Erinnerung an den Holocaust hochzuhalten, Antisemitismus zu bekämpfen und EntscheidungsträgerInnen und ExpertInnen zusammenzubringen. Die Schweiz ist seit

2004 Mitglied der IHRA und hatte 2017 den Vorsitz inne. Ein Jahr zuvor hat die IHRA folgende «non-legally binding working definition» von Antisemitismus verabschiedet:¹

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Im Jahr 2017 verabschiedete das europäische Parlament eine Resolution, welche alle Staaten, Institutionen und Agenturen der Europäischen Union aufruft, die Definition zu übernehmen.² Bis heute haben zahlreiche Staaten die Definition offiziell übernommen.³ Dennoch spricht sich das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina gegen eine wörtliche Übernahme der IHRA-Definition aus.

Kritik an der IHRA-Definition

Folgende Aspekte der IHRA-Definition von Antisemitismus sind problematisch:

- **Schwammige Definition:** Die Antisemitismus Definition der IHRA ist schwammig. Weder wird die «bestimmte Wahrnehmung» genauer beschrieben, noch wird klar, weshalb eine «kann»-Formulierung gewählt wird. Ebenfalls wird aus der Definition nicht ersichtlich, inwiefern sich Antisemitismus gegen nichtjüdische Einzelpersonen richten kann und weshalb nichtjüdische Organisationen im Gegenzug ausgenommen werden. Der britische Rechtsexperte und Kronanwalt

¹ Press Release Document Antisemitism, https://www.holocaustremembrance.com/sites/default/files/press_release_document_antisemitism.pdf

² Parlament fordert verstärkte Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus, <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170529IPR76235/parlament-fordert-verstarkte-massnahmen-zur-bekampfung-von-antisemitismus>

³ Fact Sheet: Working Definition of Antisemitism, https://www.holocaustremembrance.com/sites/default/files/inline-files/Fact%20Sheet%20Working%20Definition%20of%20Antisemitism_11.pdf

Hugh Tomlinson bezeichnet die Definition deshalb als «unclear and confusing»⁴. Tomlinson empfiehlt Vorsicht bei der Übernahme der Definition. So ist auch die Schweizer Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB vorgegangen. Die FRB hat «aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung mit Sensibilisierungs-, Präventions- und Interventionsarbeit und der Rückmeldung von spezialisierten Beratungsstellen [...] diese Definition präzisiert und erweitert.»⁵ Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina unterstützt diese Präzisierung, welche klar auf antijüdische Handlungen und Vorurteile fokussiert und nicht Aussagen gegen die israelische Politik miteinbezieht.

- **Instrumentalisierung der Definition:** Beispiele aus Ländern, welche die Definition der IHRA übernommen haben, zeigen das Instrumentalisierungspotential auf. So werden in Deutschland zahlreiche Veranstaltungen, die sich für Menschenrechte in Israel/Palästina einsetzen, verboten oder behindert und gar die «Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost» sieht sich mit dem Antisemitismus-Vorwurf konfrontiert.⁶ Die IHRA-Definition eignet sich zudem dafür, die BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) als antisemitisch zu diffamieren.⁷ Die Mitglieder des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina haben unterschiedliche Vorstellungen davon, ob BDS für die Menschenrechtslage in Israel/Palästina dienlich ist und unterstützt werden sollte. Jedoch ist allen Mitgliedern des Forums klar, dass BDS nicht per se antisemitisch ist. Boykotte sind

⁴ Counsel's opinion on the IHRA definition, <https://freespeechonisrael.org.uk/ihra-opinion/#sthash.Rd6y8U7b.dpbs>

⁵ Verwendet die FRB die Antisemitismusdefinition der IHRA?, <https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/frb/FAQ/verwendet-die-FRB-die-Antisemitismusdefinition-der-IHRA.html>

⁶ Die Jüdische Stimme braucht keinen Koscher-Stempel, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011993.html>

⁷ Paul Rechsteiner: gut gemeint, aber auch sinnvoll?, <https://www.infosperber.ch/Gesellschaft/Antisemitismus-IHRA-Definition-Paul-Rechsteiner-Postulat>

ein legitimes politisches Instrument der Zivilgesellschaft und wurden in der Schweiz bereits verschiedentlich eingesetzt.⁸

Die eidgenössischen Räte haben sich bereits dagegen ausgesprochen, BDS als antisemitisch zu deklarieren. So wurde bei der Behandlung der Motion 16.3289 Imark «Die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsequent unterbinden» der Absatz, der BDS erwähnt, explizit aus der Forderung entfernt.⁹

- **Antisemitismus gehört in den Diskriminierungs- und nicht in den Nahost-Kontext:** Opfer von Antisemitismus sind wie unter anderen Diskriminierungsformen Menschen (als Einzelpersonen und Kollektive) und nicht Staaten. Deshalb müssen Menschen und nicht Staaten von Diskriminierungstendenzen geschützt werden, wie es auch die schweizerische «Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina» formuliert.¹⁰ Antisemitismus und der Schutz davor muss im Kontext anderer Diskriminierungsformen betrachtet werden. Die Fokussierung auf den Nahostkonflikt führt zu einer Vernachlässigung zahlreicher Antisemitismusformen, die gerade in der Schweiz viel präsenter sind.
- **Unklare Abgrenzung zu den Beispielen:** Der IHRA-Definition folgen zahlreiche Beispiele, wie die Definition zu verstehen sei. Hier muss beachtet werden, dass diese Beispiele nachträglich angefügt wurden und nicht von der IHRA-Versammlung abgesegnet worden sind. Von den elf Beispielen fokussieren sieben auf die Kritik an der Politik Israels. Eine Schweizer Anwendung der IHRA-Definition müsste sich deshalb zwingend von den Beispielen distanzieren.

⁸ Wirtschaftlicher und kultureller Boykott, <https://baslerafrika.ch/inhaltsuebersicht/kulturboykott/?lang=de>

⁹ Die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsequent unterbinden, <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163289>

¹⁰ Stellungnahme und Appell zur fragwürdigen IHRA-Definition zum Antisemitismus, <http://www.jvjp.ch/wb/media/docs2018/IHRA%20JVJP%20Stellungnahme%20definitiv.pdf>

Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina

Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina ist ein Zusammenschluss von zehn Nichtregierungsorganisationen. Das Forum setzt sich für einen menschenrechtsbasierten Ansatz im Nahostkonflikt ein. Zu unseren Mitgliedern gehören: Amnesty International Schweiz, Caritas Schweiz, cfd - Die feministische Friedensorganisation, Gesellschaft Schweiz-Palästina, Bereich OeME-Migration der ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz HEKS/EPER, Horyzon, Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina JVJP, medico international schweiz, Palästina-Solidarität Basel. www.forum-menschenrechte.ch